STADT WUPPERTAL / DIE OBERBÜRGERMEISTERIN

| | | |
|---|---|---|
| **Bericht** | Geschäftsbereich | Soziales, Jugend, Schule & Integration |
| | Ressort / Stadtbetrieb | Ressort 204 - Zuwanderung und Integration |
| | Bearbeiter/in<br>Telefon (0202)<br>E-Mail | Patrick Fleischmann<br>+49 202 563 5359<br>patrick.fleischmann@stadt.wuppertal.de |
| | Datum: | 20.10.2026 |
| | **Drucks.-Nr.:** | **VO/1292/26**<br>öffentlich |

| Sitzung am | Gremium | Beschlussqualität |
|---|---|---|
| **05.11.2026** | **Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration** | **Entgegennahme o. B.** |

**6. Fortschrittsbericht der Ausländerbehörde (ABH)**

**Grund der Vorlage**
Beschluss vom 20.06.2024 zur Vorlage VO/0802/24.

**Beschlussvorschlag**
Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegengenommen.

**Unterschrift**
Annette Berg

**Begründung**

**Berichterstattung zur Situation in der Ausländerbehörde (ABH)**

Die Berichterstattung zur Situation in der Ausländerbehörde (ABH) beinhaltet Informationen zu wichtigen Parametern, die geeignet sind, den Fortschritt bei der Behebung der organisationalen, personellen und technischen Probleme in der ABH darzustellen. (vgl. Beschluss zur schriftlichen Berichterstattung 20.06.2024 - VO/0802/24)

## 1) Personalsituation

Stand Oktober 2026 sind in der Ausländerbehörde ca. 126,50 von insgesamt 133,50 Stellen (3,00 davon überplanmäßig) besetzt. Dies entspricht einer Besetzungsquote in Höhe von ca. 95%. Nach zuletzt erfolgreichen Auswahlverfahren werden innerhalb der nächsten drei Monate insgesamt 5,00 weitere offene Stellen mit externen Bewerber*innen besetzt. Da eine Mitarbeiterin die Ausländerbehörde verlässt und innerhalb der Stadtverwaltung die Stelle wechselt, wird 1,00 Stelle zum 01.01.27 unbesetzt sein. Das Wiederbesetzungsverfahren wurde bereits eingeleitet.

Derzeit stehen insgesamt 9,00 Mitarbeiter*innen wegen langfristiger Arbeitsunfähigkeit (mind. sechs Wochen) nicht zur Verfügung. Hiervon können derzeit ca. 4,00 Stellen durch befristete Krankheitsvertretungen besetzt werden. Für 2,00 Stellen, die mit Langzeiterkrankten besetzt sind, startet in Kürze die Ausschreibung einer Krankheitsvertretung.

Darüber hinaus befinden sich derzeit 6,00 Mitarbeiter*innen in Verwaltungslehrgängen, welche i.d.R. an zwei Tagen in der Woche stattfinden, sodass personelle Ressourcen im Umfang von 2,60 Stellen temporär nicht zur Verfügung stehen.

## 2) Arbeitsaufkommen

Stand Oktober 2026 steht in insgesamt ca. 11.000 aufenthaltsrechtlichen Verfahren (Erteilung/ Verlängerung Aufenthaltserlaubnis) eine abschließende Entscheidung aus. Hinzu kommen noch ca. 1.900 offene Anträge auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis. In aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten sind ca. 147 Klageverfahren beim Verwaltungsgericht anhängig.

In Einbürgerungsverfahren sind weiterhin ca. 12.000 offene Anträge zu verbuchen. Die vermeintliche Stagnation dieser Zahl ist so zu erklären, dass im Jahr 2026 bislang ca. 1.250 Neuanträge eingegangen sind und im selben Zeitraum ca. 1.150 Verfahren abgeschlossen werden konnten. Der im Vergleich zum vergangenen Jahr gestiegene Output (in 2025 konnten insgesamt ca. 700 Verfahren abgeschlossen werden) reicht noch nicht für einen Abbau der Rückstände aus. Darüber hinaus sind in Einbürgerungsangelegenheiten aktuell ca. 362 Klageverfahren beim Verwaltungsgericht anhängig.

## 3) Umgang mit den Ergebnissen der KGSt-Organisationsuntersuchung

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung wurden dem Ausschuss in einer Sondersitzung am 13.10.26 durch die KGSt vorgestellt. Im Vorfeld dieser Sitzung wurden durch einige Fraktionen Fragenkataloge erstellt und der Verwaltung übersendet. Zum Teil erfolgte bereits während der Sitzung eine Beantwortung einzelner Fragen direkt durch die KGSt. Die Verwaltung schlägt aufgrund der Vielzahl an Fragen sowie einiger Überschneidungen der Fragenkataloge folgende Vorgehensweise vor:

1. Die Verwaltung sortiert die vorgelegten Fragen in vier Cluster. (siehe **Anlage 1**)

2. Die Fragencluster 1 und 2 werden der KGSt zugesandt mit der Bitte um schriftliche Beantwortung.

3. Das Fragencluster 3 wird zur Dezembersitzung des Ausschusses durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

4. Das Fragencluster 4 soll mit der beigefügten **Anlage 2** beantwortet werden. Die Übersicht soll dem Ausschuss ab sofort regelmäßig als Anlage zum Fortschrittsbericht in aktualisierter Form beigefügt werden.

Mit dem Abschluss der Organisationsuntersuchung und dem Vorliegen der insgesamt 16 Handlungsempfehlungen beginnt nun für die Verwaltung die Umsetzungsphase. Die KGSt hat hier bereits mit der Heraushebung von fünf zentralen Empfehlungen (HE 001, 002, 003, 005, 010) eine Priorisierung nahegelegt, um einen Grundstein für die weitere Organisationsentwicklung zu legen. Aus Sicht der Ausländerbehörde sollte darüber hinaus auch die Handlungsempfehlung 008 (*IT-Stabilität herstellen und Digitalisierungslogik konsequent weiterentwickeln*) prioritär behandelt werden, da Beeinträchtigungen und Ausfälle der IT-Systeme erhebliche Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und den Kundenservice haben.

Da die Umsetzung der Handlungsempfehlungen Ressourcen binden wird und gleichermaßen das herausfordernde Tagesgeschäft in der Ausländerbehörde bewältigt werden muss, wurden innerhalb des Ressorts Zuwanderung u. Integration bereits kurzfristig 2,00 Stellen samt Stelleninhaberinnen aus einem anderen Fachbereich zur Ausländerbehörde verschoben. Der Aufgabenschwerpunkt dieser Stellen wird im Bereich des Projekt- u. Prozessmanagements liegen, sodass Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben keine zusätzliche Belastung für die operativen Bereiche der Behörde darstellen. Da die Umsetzung der einzelnen Empfehlungen auch Auswirkungen auf alle Beschäftigten der Behörde haben wird, gilt es diese sowie die Personalvertretungsgremien mitzunehmen und regelmäßig zu informieren.

## 4) Digitalisierung u. Kommunikation

Die Testphase für den **Online-Antrag Aufenthalt** ergab aus Sicht der beteiligten Mitarbeiter*innen in einzelnen Punkten noch Optimierungsbedarf. Hierzu erfolgt im November eine Abstimmung zwischen der Ausländerbehörde und dem Amt für IT u. Digitalisierung. Die Produktivschaltung des Online-Antrags soll dann zeitnah erfolgen.

Die Einführung des **Online-Termintools** vom Hersteller FrontDesk erfolgt in den kommenden Wochen innerhalb der Ausländerbehörde sukzessive. Den Start wird ab November der Bereich Einbürgerung machen. Zunächst wird dort ein Teil der Mitarbeiter*innen das Termingeschäft aufnehmen und hierbei die folgenden Dienstleistungen anbieten:

- Erstgespräch Einbürgerungsantrag
- Aushändigung von Originaldokumenten
- Aushändigung Einbürgerungsurkunde

In einem nächsten Schritt werden folgende Dienstleistungen in aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten in das Termingeschäft aufgenommen:

- Abgabe biometrischer Daten zwecks Bestellung von elektronischen Aufenthaltstiteln
- Aushändigung elektronischer Aufenthaltstitel
- Abgabe von Verpflichtungserklärungen
- Übertragung von Niederlassungserlaubnissen

Aufgrund der nach wie vor hohen Arbeitsbelastung in der Ausländerbehörde wird die Entwicklung des Termingeschäfts zu Beginn in kurzen Intervallen evaluiert. Hierbei sollen insbesondere hohe Terminvorlaufzeiten früh erkannt und möglichst vermieden werden. Die Einführungsphase des Online-Termintools wird aus diesem Grund einen mehrere Monate andauernden Prozess durchlaufen. Die Entwicklungen werden im Rahmen dieses Fortschrittsbericht regelmäßig aufgezeigt.

**Klimacheck**

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

Neutral / keine Auswirkung

Begründung: Es handelt sich um eine Maßnahme ohne Klimarelevanz.